

rik und Religion, können mechanistisch mißverstanden werden. Als verschiedene Wege zu dem einen Urwissen (*Hans-Dieter Leuenberger*), als verschiedene Arten der Suche nach dem Leben, das hinter den Dingen liegt (*Manfred Kyber*), der Suche nach dem „wahren Wesen des Seins“ (Tibetanisches Totenbuch) sind sie jedoch allemal geeignet, den Menschen eine andere Dimension zu erschließen, sie sprachfähig zu machen in bezug auf ein sie überschreitendes Geheimnis. *Klaus Nientiedt*

Literaturverzeichnis:

Hans Bender, Unser sechster Sinn. Telepathie, Hellssehen, Spuk. Goldmann, München 1982.

N. Alexander Centurio (Hg.), Die großen Weissagungen des Nostradamus. Goldmann, München 1982.

Thorwald Dethlefsen, Schicksal als Chance. Das Urwissen zur Vollkommenheit des Menschen. Goldmann, München 1980.

Martin Ebon, Neue Beweise der ASW-Forschung. Goldmann, München 1982.

Reshad Feild, Ich ging den Weg des Derwisch. Das Abenteuer der Selbstfindung. Fischer, Frankfurt 1981.

Francesca Fremantle, Chögyam Trungpa (Hg.), Das Totenbuch der Tibetaner. Eugen Diederichs, Düsseldorf 1980.

Manfred Kyber, Die drei Lichter der kleinen Veronika. Drei Eichen, München – Engelberg 1981.

Hans-Dieter Leuenberger, Schule des Tarot I. Das Rad des Lebens. Ein praktischer Weg durch die großen Arkana. Bauer, Freiburg i. Br. 1983.

Ernesto de Martino, Katholizismus, Magie, Aufklärung. Religionswissenschaftliche Studie am Beispiel Süd-Italiens. Trikont-Dianus, München 1982.

Rudolf Passian, Neues Licht auf alte Wunder. PSI klärt Bibelwunderstreit. G. E. Schroeder, Kleinjörll bei Flensburg 1982.

Fritz Riemann, Lebenshilfe Astrologie. Gedanken und Erfahrungen. Pfeiffer, München 1982.

Gerhard Voss, Astrologie christlich. Pustet, Regensburg 1980.

Colin Wilson, Das Okkulte. März, Berlin und Schlechtenwegen 1982.

Eine Zäsur in der deutschen Parteienlandschaft

Ein Gespräch über Wähler und Parteien nach dem 6. März mit Professor Dieter Oberndörfer

Die ersten Kommentare zur vorgezogenen Bundestagswahl vom 6. März befaßten sich vorwiegend mit den kurzfristigen Ursachen und Auswirkungen. Wir sprachen mit dem Politikwissenschaftler und Leiter des Arnold-Bergstraesser-Instituts in Freiburg, Professor Dieter Oberndörfer, vor allem über die Frage, welche langfristigen Gegebenheiten und Trends der hohe Sieg von CDU/CSU und FDP signalisiert. Die Fragen stellte D. A. Seeber.

HK: Herr Professor Oberndörfer, Wahlen sind im allgemeinen Momentaufnahmen bestimmter politischer Zustände und Einstellungen. Interessanter sind die langfristigen Entwicklungen und Trends. Wie beurteilen Sie unter diesem Gesichtspunkt das Ergebnis vom 6. März?

Oberndörfer: Ich sehe in der Wahl vom 6. März eine Zäsur in der Geschichte der deutschen Parteienlandschaft sowohl hinsichtlich des Ergebnisses wie auch der Ursachen, die diesem Ereignis zugrunde liegen. Ich glaube, daß das Wahlresultat nur aus langfristigen Faktoren in der Zusammensetzung der deutschen Wählerschaft und aus langfristigen Entwicklungen der deutschen Parteien erklärbar ist.

HK: In den ersten Kommentaren nach der Wahl hieß es, das Ergebnis, insbesondere der Anteil der Union „in dieser Höhe“, sei von niemandem erwartet worden ...

Oberndörfer: Dieser Meinung konnten nur diejenigen sein, die sich an demoskopischen Momentaufnahmen unmittelbar nach der Regierungsübernahme durch die Unionsparteien und FDP im Herbst 1982 orientiert haben. Wenn man den Umfragen trauen darf, gab es damals so

etwas wie einen Helmut-Schmidt-Bonus und bei vielen Wählern eine Verärgerung über die Art des Koalitionswechsels. Das waren aber kurzfristige Reaktionen. Wahlentscheidungen bilden sich immer langfristig heraus und stehen in der Regel im großen und ganzen schon ein Jahr vor dem Wahltermin fest. Geht man von den Umfragen vom letzten Sommer aus, dann lagen SPD und FDP zusammen damals unter 40 Prozent.

„Die Wähler bei uns entscheiden sich für eine Koalition“

HK: Aber ist das mit der Zäsur in der deutschen Parteienlandschaft richtig? Es ließe sich ja auch anders argumentieren: Beobachtet man die Wahlergebnisse langfristig, dann zeigt der 6. März eher eine eigenartige Kontinuität, als daß man von einem Erdbeben sprechen könnte. Die „Bürgerlichen“ hatten in der Bundesrepublik immer eine offene oder verdeckte Mehrheit, die Union lag in den Umfragen schon seit langem deutlich vorne ...

Oberndörfer: Es gab am 6. März trotzdem eine Art Erdbeben. Wir müssen bedenken, daß die Wähler bei uns nicht nur eine Partei wählen, sondern sich auch für eine Koalition entscheiden. So war das 1969, als die sozialliberale Koalition gebildet wurde gegen die CDU/CSU. Das gleiche gilt für die Wahlen von 1972, 1976 und 1980. Dieses Mal war es eine Wahl von Union und FDP gegen die SPD und die Grünen. Die Wähler hatten zu entscheiden zwischen einer Regierungsbildung durch die Unionsparteien und die FDP auf der einen Seite und einer von den

Grünen geduldeten SPD-Minderheitenregierung auf der anderen.

HK: Das war eine klare Entscheidungssituation. Aber Erdrutsch?

Oberndörfer: Die Wähler haben, das ist das interessante, bei den Erststimmen der Union über 52 Prozent Stimmen gegeben, zusammen mit der FDP hat die Union 55,8 Prozent der Zweitstimmen erhalten. Alle Analysen zeigen, daß sich bei der FDP ein tiefgreifender Wähler austausch vollzogen hat. Die FDP hat in ihren ehemaligen Hochburgen und in den Hochburgen der SPD weitaus am schlechtesten abgeschnitten. Gleichzeitig hat die FDP in den Hochburgen der CDU am besten abgeschnitten, in einigen Hochburgen mit katholischen Wählern sogar besser als bei der Bundestagswahl 1980. Alle Analysen zeigen, daß sich das Wählerprofil der FDP an das Wählerprofil der CDU/CSU angeglichen hat.

HK: Bedeutet das, daß auch CDU-Stammwähler der FDP die Zweitstimme gegeben haben?

Oberndörfer: Anders läßt sich das Wahlergebnis nicht erklären.

HK: Stimmt Ihre Theorie, daß in Deutschland durchgängig Koalitionen gewählt werden? Zur Zeit der sozialliberalen Koalition sympathisierten immerhin ein Drittel bis ein Viertel der FDP-Wähler mit der Union und wählten trotz Koalition mit der SPD ihre Partei.

Oberndörfer: Man kann davon ausgehen, daß auch in den verbliebenen FDP-Stammwählern noch kleine Wählersegmente enthalten sind, die möglicherweise einer Koalition mit der SPD den Vorzug geben möchten. Aber es hat sich das Verhältnis noch stärker umgekehrt als früher in der Koalition mit der SPD. Nach allen vorhandenen Daten sind über zwei Drittel der jetzigen FDP-Wähler, die der FDP die Zweitstimme gaben, Sympathisanten der Union. Und alle FDP-Wähler haben dieses Mal für eine Partei gestimmt, deren Führung sich klar zur Koalition mit der Union bekannt hat. D.h., sie haben diese Koalition mitgewählt.

„Unter unkündbaren Angestellten und Beamten kann man es sich leisten, grün zu sein“

HK: Nicht ein Erdrutsch, aber ein Einbruch ist der Einzug der Grünen in den Deutschen Bundestag. Wer wählt eigentlich grün?

Oberndörfer: Bei den Grünen fallen zunächst die großen regionalen Unterschiede im Wahlergebnis auf. Sie haben ihre besten Ergebnisse in norddeutschen großstädtischen Zentren, wie in Hamburg mit 8,1 Prozent, in Bremen mit 9,6 Prozent, erzielt und in den Universitätsstädten, wie in der Grünen-Hochburg Freiburg mit über 12 Prozent. In der Zusammensetzung der Wählerschaft der Grünen finden sich überproportional Jungwähler oder jüngere Wähler im Alter bis zu 35 Jahren, aber auch einige Wähler aus

der Generation über 60. Sozialstrukturell sind weit überproportional die Akademiker und die Vertreter des neuen Mittelstandes vertreten. Ihre schlechtesten Ergebnisse haben die Grünen jeweils in der Arbeiterschaft und vor allem in der klassischen Industriearbeiterschaft und dabei insbesondere in der Montanindustrie erzielt.

HK: Also ist der Grüne ein sehr bürgerlicher und zugleich sehr junger Wähler ...

Oberndörfer: Ja, es handelt sich ganz offensichtlich um eine bürgerliche Bewegung mit einer sehr starken akademischen Einfärbung und einem sehr starken jugendlichen Element.

HK: Werden sich Ihrer Meinung nach die Grünen langfristig behaupten oder gar das deutsche Parteiengefüge auf Dauer verändern?

Oberndörfer: Um das zu beurteilen, muß man, glaube ich, von den Führungs- und Organisationsstrukturen der Grünen ausgehen. In den Führungsstrukturen sind sehr unterschiedliche politische Interessen maßgeblich, d.h., die gleichen ökologischen Ziele oder ähnliche ökologische Ziele werden von sehr unterschiedlichen Positionen aus vertreten. Von extrem links bis zu extrem rechts ist eigentlich alles vertreten, Kommunisten und Deutschnationale an den Rändern, zwischendrin alle Spielarten unserer Politik.

HK: Also so etwas wie eine Gegenvolks- oder Volksprotestpartei von eher mittelfristiger Konsistenz?

Oberndörfer: Die Organisationsformen der unmittelbaren Demokratie, das Rotationsprinzip und dergleichen erzeugen innere Reibungen und Spannungselemente, die eine langfristige Integration der verschiedenen politischen Richtungen der Grünen zu einer echten Partei sehr erschweren werden. Erfahrungsgemäß ertragen die Wähler nichts weniger, mögen die Wähler nichts weniger als eine in sich zerrissene und in sich zerstrittene Partei. Insofern gebe ich den Grünen keine Chance, sich als Partei im traditionellen Sinn oder als eine langfristige politische Kraft zu etablieren.

HK: Aber das Sympathisanten- und Wählerpotential der Grünen ist beträchtlich. Demoskopien sprachen von einem ständigen Austausch zwischen SPD und Grünen vor den Wahlen. Und viele erklärten nach der Wahl, sie freuten sich, daß die Grünen es „geschafft“ hätten. Ist es nicht so, daß die Grünen das Lebensgefühl und die Vorstellung von Politik ziemlich vieler Bürger in die Parlamente transportieren?

Oberndörfer: Ich glaube, daß Sie in diesem Punkt recht haben. Es ist mit dieser Bewegung ein Lebensgefühl verbunden, das von Soziologen als Orientierung an postmateriellen Werten bezeichnet wurde, d.h., daß sich gegenüber den ursprünglichen Zielsetzungen der industriellen Mangelgesellschaft, als materielle Güter noch sehr knapp waren, ein Wandel vollzogen hat auf andere, nichtmaterielle Ziele hin. Man darf aber nicht übersehen,

daß das gerade in der jetzigen wirtschaftlichen Situation Einstellungen sind, die nur einem begrenzten Teil unserer Bevölkerung möglich sind. Nicht ohne Grund haben die Grünen überall dort, wo die Arbeitsplätze durch moderne Technologien und auch durch Verteuerung von Produktionen im Zusammenhang mit ökologischen Maßnahmen gefährdet sind, wo die Furcht vor Verlust des Arbeitsplatzes am stärksten ist, weitaus am schlechtesten abgeschnitten. Die Grünen sind, vereinfacht gesagt, am stärksten unter unkündbaren Angestellten und Beamten. Hier kann man es sich leisten, grün zu sein.

HK: Aber sie sind immerhin auch in Nordrhein-Westfalen fast an den Bundesdurchschnitt herangekommen.

Oberndörfer: Das stimmt. Aber in den klassischen Industriegebieten, und das gilt für das ganze Bundesgebiet, haben die Grünen jeweils am schlechtesten abgeschnitten, zum Beispiel im Ruhrgebiet und an der Saar.

„In der SPD sind die Führungseliten ungleich stärker akademisiert als in der Union“

HK: Verkörpern die Grünen nicht vor allem eine Grundspannung: das Lebensgefühl ist „grün“, aber die politischen Zielsetzungen und das Verständnis der Organisation von Gesellschaft und Staat sind SPD- bzw. sozialismusverwandt, eine Mischung also aus konservativ und links. Tut sich die SPD nicht gerade wegen dieser Mischung mit ihnen schwer?

Oberndörfer: Ich habe hier Zweifel. Wenn man bestimmte Grundpositionen, wichtige Strömungen der Grünen analysiert, dann zeigen sich unübersteigbare Unterschiede zu traditionellen Vorstellungen der SPD. Eher knüpfen die Grünen an deutlich konservative Entwicklungen und Strömungen der Weimarer Zeit an. Zunächst einmal: Ihre radikale Absage an die Idee des Fortschritts ist bestimmt nicht sozialdemokratisch im Sinne der klassischen Vorstellungen der Arbeiterbewegung. Auch ihre These vom Nullwachstum paßt nicht dahin. Die „grüne“ Naturromantik, die Bewegung zurück aufs Land, weg von den Städten, das sind alles Dinge, die im konservativ-romantischen Denken der Weimarer Zeit beheimatet sind, das gleiche gilt für die Rückkehr zum einfachen Leben und den antiindustriellen Affekt. Insofern würde ich doch sagen, es handelt sich bei den Grünen um eine bürgerliche Bewegung, die von durch und durch bürgerlichen Denkvorstellungen geprägt ist. Es mag sich jetzt, solange die Unionsparteien und die FDP im Bund regieren, eine stärkere Affinität zur anderen Oppositionspartei entwickeln, doch die tiefen Gräben bleiben zur SPD.

HK: Aber Grüne sind, vorwiegend jedenfalls, z. B. keine Marktwirtschaftler, sondern zeigen sich in den sozialen Grundmustern verteilungsorientiert, geben kollektiven Handlungs- und Produktionsmustern den Vorzug ...

Oberndörfer: Aber auch da gibt es starke Bezüge zum bür-

gerlichen Konservatismus Weimars, seiner romantischen Idealisierung der Gemeinschaft gegenüber der inhumanen Gesellschaft bis hin zum Kult der Volksgemeinschaft, durch die alle sozialen Gegensätze überwunden werden sollten. Das deutsche bürgerliche konservative Denken war nach dem Schlagwort „Einer für alle“ und „Alle für einen“ von einem ausgeprägt antiindividualistischen Affekt geprägt. Im übrigen stellt sich für mich die Frage, ob die Stammwählerschaft der SPD wirklich an Verteilungsfragen orientiert ist oder eher an elementaren Fragen der Sicherung des Arbeitsplatzes und der Steigerung des eigenen Lebensniveaus. Die Verteilungsproblematik, wie sie von bestimmten Richtungen der SPD besonders akzentuiert wird, wird innerhalb der SPD getragen vor allem von ihrem stark akademisierten Flügel.

HK: Damit treffen die Grünen aber genau in den Kern des internen Konfliktes der SPD ...

Oberndörfer: Damit haben Sie insofern recht, als wir in der SPD in den letzten 15 bis 20 Jahren einen dramatischen Wechsel in der Zusammensetzung ihrer Führungseliten hatten. Ihre Führungseliten haben sich ungleich stärker akademisiert als etwa die Führungseliten innerhalb der Unionsparteien. Ein besonders eklatantes Beispiel dafür ist der Zustrom vor allem von Lehrern, die Besetzung vieler führender Posten bis hin in den Ortsvereinen durch Lehrer. Das hat zu starken Reibungen, zum Teil zu einer Entfremdung von der Basis geführt. In dem Zusammenhang ist es interessant, daß in dem Land der Bundesrepublik, in dem diese Entwicklung am wenigsten spürbar ist, in Nordrhein-Westfalen und vor allem im Ruhrgebiet, wo die SPD eine echte Volkspartei geblieben ist, weil sie ihre Funktionäre noch stärker aus der Stammwählerschaft rekrutiert, sie auch in diesen Wahlen ihre relativ besten Ergebnisse erzielt hat.

HK: 1969 attestierte ein konservatives Blatt wie die „Welt“ der Union, sie sei drauf und dran, „sich aus der Epoche abzumelden“. Andere gaben ihr nicht so sehr wegen der Entwicklung ihres Stimmenanteils, sondern wegen geistiger Auszehrung nur noch eine Chance als Partei der ländlichen Wählerschaft. Sie ist aber nicht nur jetzt mit Bravour zurückgekehrt, sondern war als Partei der relativen Mehrheit fast durchgehend „da“. Angesichts des starken sozialstrukturellen und politischen Wandels der letzten 15 Jahre ist das eigentlich erstaunlich, zumal man geistige Beweglichkeit der Union auch heute nicht nachsagt. Hat sie sich nur so stark behaupten können, weil sie die spiegelbildlich echtere Volkspartei ist, oder gibt es da nicht noch andere Faktoren?

Oberndörfer: Die bessere Verbindung zwischen den eigenen Führungskadern und der Wählerbasis bei der Union ist sicher nicht die einzige Erklärung für die relative Stabilität der Stimmabgaben für die Unionsparteien. Die Unionsparteien hatten immer ein stabiles Wählerpotential unter den kirchlich gebundenen Wählern beider Konfessionen. Von ihnen stimmten stets 60 bis 70 Prozent für sie. Im stark expandierenden neuen Mittelstand – die

Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung gehören ihm heute an – konnte die Union ihre Position unter Katholiken, und auch unter säkularisierten Katholiken, seit 1969 sogar noch ausbauen. Darüber hinaus hat sich aber die soziale Zusammensetzung der Unionswähler seit Beginn der 60er Jahre stark verändert: einmal hat die Union in den klassischen Montanindustrien in Nordrhein-Westfalen und an der Saar in erheblichem Umfang katholische Arbeiterwähler verloren. Der Zentrumsturm ist dort eingebrochen. Ich erinnere daran, daß die Union bei der Adenauerwahl in Nordrhein-Westfalen und an der Saar 1957 noch über 50 Prozent hatte. Die SPD kam hingegen damals in Nordrhein-Westfalen auf nur 33 Prozent und an der Saar sogar nur auf 25 Prozent. Bis zur Willy-Brandt-Wahl von 1972 stieg der Anteil der SPD dann auf über 50 Prozent in Nordrhein-Westfalen an, und an der Saar wurde die SPD 1972 und 1976 mit 47 bzw. 46 Prozent ebenfalls zur stärksten Partei. Es fand eine Abschmelzung katholischer Wähler in der Montanindustrie statt, die von der Union zur SPD gingen. Auf der anderen Seite integrierte nach 1969 die Union den alten selbständigen Mittelstand, Ärzte, Kaufleute usw.

HK: Also statt Land- und Katholiken- Bürgerpartei?

Oberndörfer: Insofern ja, als das klassische Bürgertum, das früher FDP wählte, zur Union wechselte und weil auch ländliche FDP-Wähler, vor allem ländliche protestantische ehemalige freisinnige Wähler, zur Union gingen. In diesem Zusammenhang darf aber nicht übersehen werden, daß, bezogen auf die hohen Stimmenanteile der Union an der Gesamtwählerschaft, auch bei den letzten Bundestagswahlen stets etwa 40 bis 45 Prozent der Arbeiter die CDU/CSU wählten. Dabei erzielte die Union unter Facharbeitern der modernen Industrien noch bessere Ergebnisse. Dies schlägt sich in der Ablösung der SPD durch die Union gerade in Großstädten mit modernen Industriestrukturen wie Stuttgart, München und Frankfurt nieder. Neu war dann 1976 und verstärkt jetzt der große Einbruch der Union in die protestantische Wählerschaft Norddeutschlands, vor allem im neuen, nichtselbständigen Mittelstand. Die Union konnte gerade in den protestantischen Hochburgen in Norddeutschland 1983 Zuwachsraten von 6 bis 7 Prozent erzielen.

„Für die Industriearbeiterschaft sind Arbeitsplätze wichtiger als ökologische Fragen“

HK: Die CDU und noch mehr die Union als ganze hat aber in ihrer Führung wie in ihrer Mitgliedschaft immer noch ein sehr süd- und westdeutsches katholisches Profil. Was veranlaßt säkularisierte Protestanten im Norden sie dennoch zu wählen? Nur der Abbau konfessioneller Vorurteile oder konfessionsbedingter Wahlmotive kann es nicht sein.

Oberndörfer: Dieser Einbruch läßt sich am besten erklären aus einer erheblichen Unzufriedenheit vieler Wähler

mit der alten sozialliberalen Koalition. Der Wähler entscheidet sich ja nicht nur nach dem, was er will, sondern noch mehr nach dem, was er nicht will. Er wollte auf dem Hintergrund der größten und schwierigsten Wirtschaftskrise der Bundesrepublik seit 1950 nicht eine schwache SPD-Minderheitsregierung, die, um überleben zu können, möglicherweise auf Positionen der Grünen hätte eingehen müssen.

HK: Das erklärt die aktuelle Situation, läßt sich daraus auf einen langfristigen Trend schließen?

Oberndörfer: Vergleicht man die Ergebnisse von 1983 mit denen von 1976, dann muß man eher auf eine längerfristige Entwicklung schließen. Das Süd-Nord-Gefälle wurde damals schon geringer, ist aber jetzt noch einmal erheblich abgebaut worden. D.h., die Union hat im Süden: in Bayern, Baden-Württemberg und in anderen Südstaaten etwas schlechter abgeschnitten als 1976, während sie in protestantisch-nördlichen Gebieten gegenüber 1976 deutlich bessere Resultate erreicht hat. Aber schon 1972 kam das damals extrem gute Ergebnis für die SPD nur unter einer stark emotionalisierten Sondersituation zustande; real dürfte die Union schon damals besser dagestanden haben, als es sich in dem vor allem ostpolitisch bedingten Ergebnis niederschlug.

HK: Heißt das im Kern, auch die Wahl von 1972, bei der die SPD eine knappe relative Mehrheit erhielt, war eine mit einem sehr „bürgerlichen“ Ergebnis? Das westdeutsche Bürgertum wollte den Ausgleich mit dem Osten, innenpolitisch war die SPD auch damals weit weniger geschätzt ...

Oberndörfer: Ich stimme dieser These zu, ich glaube, daß außenpolitische Fragen, besonders die damalige ostpolitische Neuorientierung der sozialliberalen Koalition, gerade bei den bürgerlichen Wählern schon lange in der Luft lag. Schon 1965 und 1969 war eine Aktivierung der deutschen Ostpolitik gefordert worden.

HK: In der Konsequenz würde das bedeuten, die SPD ist trotz Godesberg strukturell – bezogen auf die kontinuierlich wirksamen Präferenzen der Gesamtwählerschaft – typische Minderheitspartei geblieben. Woran liegt das eigentlich: Ist die Bundesrepublik ein Anti-SPD-Land?

Oberndörfer: Der Niedergang der SPD scheint mir deutlich begründet zu sein in den starken inneren Führungs- und Richtungskämpfen. Nichts macht bei Wählern einen schlechteren Eindruck als eine innerlich zerstrittene Partei. Es kommt hinzu, daß bei den Führungskämpfen innerhalb der SPD Tendenzen spürbar wurden, die Godesberg wieder rückgängig machen möchten. Es gibt eben einen starken Flügel, der versucht hat und heute noch versucht, die SPD wieder zu einer Klassenkampfpartei zu machen. Damit können bürgerliche Wähler in der Mitte oder auch schon links von der Mitte nicht mehr integriert werden. Hinzu kommt die Auseinandersetzung mit Führungsgruppen, die eher dazu tendieren, die Themen der Grünen aufzunehmen bzw. die Grünen selbst in

die Partei zu integrieren. Das wiederum muß die SPD ihren klassischen Stammwählern, vor allem in der Industriearbeiterschaft, entfremden. Da diesen die Sorge um den Arbeitsplatz wichtiger ist als das Interesse an ökologischen Fragen und zudem ökologische Fragen – ob zu Recht oder zu Unrecht, das sei hier dahingestellt – oft als Widerspruch zur Forderung nach sicheren Arbeitsplätzen gesehen werden.

HK: Bedeutet das, auf langfristige Entwicklungen projiziert, das Schicksal der SPD, Minderheitspartei zu sein, erklärt sich in erheblichem Maße aus der Tatsache, daß sie sehr viel stärker als die Union Problemgruppen ausgesetzt ist?

Oberndörfer: Ich glaube, die SPD ist in der Tat in Gefahr, zu viele Minderheitsgruppen integrieren zu müssen oder zu wollen. Ihr mehr oder weniger konsequentes Eingehen auf Minderheitsgruppen verscheucht Wähler der Mitte. Auf diesem Wege kann die SPD nicht zur Mehrheitspartei werden. Das sehen Sie schon daran, daß die SPD am 6. März in Baden-Württemberg und in Bayern hinter ihre Ergebnisse von 1961 zurückgefallen ist und in sämtlichen anderen Bundesländern mit Ausnahme der Saar entweder unter dem Ergebnis von 1965 oder nur knapp darüber lag.

HK: Nochmals die Frage: Ist die Bundesrepublik auch von ihrer ererbten Tradition her ein Anti-SPD- oder, sagen wir, antisozialistisches Land?

Oberndörfer: Es ist zunächst auffällig, daß sozialistische Parteien wie die SPD und die damalige kommunistische Partei der Weimarer Republik bei der letzten Normalwahl von 1928, also vor Beginn der Weltwirtschaftskrise, etwa 35 Prozent der Stimmen auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik gewinnen konnten, während bürgerliche Parteien, wenn man die nationale Rechte und andere radikale Parteien abzieht, 55 Prozent der Stimmen erzielt haben. Das würde in etwa dem heutigen Ergebnis entsprechen. Dennoch möchte ich keinem Determinismus das Wort reden. Die weitere Entwicklung der SPD hängt sehr stark ab von der Politik der jetzigen Koalitionsregierung in Bonn, davon, ob es dieser gelingt, die Wähler, die sie jetzt gewählt haben, voll zu integrieren und zu ihren Stammwählern zu machen und möglicherweise noch neue Wähler anzusprechen. Das heißt für die CDU, daß sie sehr viel stärker als bisher ihr soziales Image verbessern muß. Eine Partei, die das Wählerreservoir in der Mitte und rechts von der Mitte voll ausgeschöpft hat, muß versuchen, sich sozialpolitisch zu profilieren und auch links von der Mitte noch Wähler zu gewinnen ...

HK: Das wird nur gehen, wenn die FDP die ihr jetzt zugewiesene Rolle als wirtschaftsliberale Partei annimmt und in der SPD jene die Oberhand gewinnen oder behalten, die die politische Programmatik der Partei noch stärker an protestbereiten Minderheiten orientieren ...

Oberndörfer: Die FDP wird eine Chance zu überleben nur haben, wenn sie den von Ihnen beschriebenen Weg beschreitet. Der Versuch, als Doppelpartei zu agieren, teils

linkes Korrektiv in der Koalition zu spielen, gleichzeitig aber Wirtschaftspartei zu sein, wird sich mit der Union sehr schwer realisieren lassen ...

„Die Union muß künftig stärker das protestantische Element berücksichtigen“

HK: Herr Professor Oberndörfer, was halten Sie von der Dahrendorfschen These, vom Ende des sozialdemokratischen Zeitalters? Eberhard Jäckel bekräftigte neulich im Fernsehen das Gegenteil: Sozialdemokratisches Gedankengut sei erst so recht im Kommen, da Verteilungsprobleme wieder wichtiger und schärfer artikuliert würden. Mag sein, daß Dahrendorf sich mit seiner These nur einer FDP eigener, dahrendorfscher Fassung Raum schaffen wollte, aber wer hat recht?

Oberndörfer: Ich glaube nicht, daß Verteilungskämpfe notwendig die Position einer sozialistischen Partei begünstigen. Wir hatten im Vergleich zur Bundesrepublik in der Weimarer Zeit eine sehr viel ärmere Gesellschaft mit sehr viel größeren verteilungspolitischen Gegensätzen. Dennoch war die Gesellschaft damals sehr viel konservativer eingefärbt als die der Bundesrepublik. Im übrigen wird nicht nur von der Politik der neuen Bundesregierung sehr viel abhängen, sondern auch von der inneren Entwicklung der SPD. Politik ist kein naturgesetzlicher Prozeß. Sie hängt nicht zuletzt von den Führungspersonen und den damit verbundenen inneren Entwicklungen einer Partei ab. Wenn es der SPD gelingt, ihre innere Zerrissenheit zu überwinden und auf einen klaren Kurs einzuschwenken, wenn sie sich wiederum bemüht, auch die große Mitte der Wähler anzusprechen, dann kann sie zunächst vor allem in den Landtagswahlen und Kommunalwahlen sehr wohl wieder bessere Ergebnisse erzielen ...

HK: Wir haben uns bisher stärker mit den Parteien befaßt und weniger gefragt nach den Motiven der Wähler. Mich würde interessieren, wieweit ein durchgängig bestimmtes Wählerverhalten sich gegenwärtig überhaupt feststellen läßt, z. B. nach sozialer, politischer oder konfessioneller Zugehörigkeit. Es wird wohl den kirchenfernen, gewerkschaftlich orientierten, aus sozialdemokratischem Milieu stammenden Angestellten oder Arbeiter geben, der „selbstverständlich“ SPD wählt, wie es den ländlichen, kirchennahen, kleinen Selbständigen, Handwerker, Beamten oder Angestellten gibt, der ebenso selbstverständlich CDU wählt. Aber wie bestimmend ist das noch für unsere Wahllandschaft?

Oberndörfer: Die Motive für die Stimmabgabe von Wählern genau festzumachen ist wissenschaftlich nicht möglich. Es gibt nur Wahrscheinlichkeitssaussagen anhand von Umfragedaten. Und hier fällt eines auf, daß die Frage der Kompetenzeinschätzung einer Partei in bestimmten historischen Phasen ganz entscheidend sein kann. Es ist bekannt, daß die Unionsparteien in den Umfragen vor allen Bundestagswahlen, insbesondere auch vor der letzten,

von den Wählern in ihrer Fähigkeit zur Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme sehr viel besser beurteilt wurden als die SPD. Das geht vermutlich auf die Gründungsphase der Bundesrepublik, auf die Wirtschaftsreform Ludwig Erhards und den wirtschaftlichen Aufschwung der frühen 50er Jahre zurück. Bei dieser Wahl gab es Umfragen, bei denen bis zu 60 Prozent der Wähler der Union eine höhere Kompetenz für die Lösung von Wirtschaftsfragen zugebilligt haben als der SPD.

HK: Das schlägt sicherlich in der gegenwärtigen Situation, in der für sehr viele Wähler wirtschaftliche Fragen von ganz zentraler Bedeutung sind, besonders zu Buch. Aber läßt sich daraus der Schluß ziehen, daß Wahlen gegenwärtig ausschließlich nach wirtschaftlichen Kriterien entschieden werden?

Oberndörfer: Ausschließlich sicher nicht. Aber wir haben hier vor allem an jene Regionen zu denken, in denen es eine starke Arbeitslosigkeit von bis zu 15 oder 20 Prozent der Erwerbstätigen gibt und in denen darüber hinaus vielleicht noch 15 bis 20 Prozent der Wähler um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen. Daneben spielt – wie erwähnt – die konfessionelle Bindung auch eine wichtige Rolle.

HK: Halten die Auswirkungen der Konfessionszugehörigkeit bzw. der Zugehörigkeit zu einer konfessionellen Kultur länger an als diese selbst? Und ist das allgemein so? Es gibt ja u. a. das Beispiel Holland, wo die „Versäulung“ im konfessionellen Bereich in den letzten zwanzig Jahren stark aufgebrochen wurde, aber die christlichen Parteien sich – innerhalb des CDA – konsolidiert haben. Und die weitere Frage, stehen wir vor einer neuen säkularen Symbiose des Bürgertums, in dem in säkularer Gleichgültigkeit konfessionelle Elemente toleriert werden, solange sie wie im Falle des § 218 nicht den volksparteilichen Konsens stören?

Oberndörfer: Daß die Wirkungen konfessioneller Kulturen auf politisches Verhalten länger anhalten als die bewußte Konfessionszugehörigkeit selbst, dafür gibt es viele Hinweise. Es gibt allerdings auch Gegenbeispiele. Die SPD hätte an Ruhr und Saar nicht in dem Maße aufgeholt, wie ich es vorhin beschrieben habe, hätte die Gewerkschaftszugehörigkeit nicht die Kirchenzugehörigkeit überrundet. Das Ende christlicher Gewerkschaften und deren Ablösung durch die Einheitsgewerkschaft hat ganz wesentlich zur Hinwendung katholischer Arbeiter zur SPD beigetragen. Gewerkschaftszugehörigkeit wirkt so stark in Richtung SPD wie regelmäßiger Kirchgang in Richtung Union.

HK: Und die neue Symbiose zwischen säkular-liberalem Bürgertum und kirchenbewußter CDU-Nähe ...

Oberndörfer: Was diese Frage angeht, wird es für die Unionsparteien entscheidend wichtig sein, daß sie in der öffentlichen Selbstdarstellung ihrer Führung stärker als bisher auch das protestantische Element berücksichtigen. Die Union kann das derzeitige Stimmenniveau nur halten, wenn es ihr gelingt, die neu hinzugekommenen protestan-

tischen Wähler, vor allem in Norddeutschland, z. B. in Schleswig-Holstein mit einer Zuwachsrate von 7,6 Prozent oder in Hamburg mit 6,7 Prozent, dauerhaft an sich zu binden. Das geschieht im Gesamtimage einer Partei erfahrungsgemäß durch die Selbstdarstellung der Führungsmannschaft. Ich weise in diesem Zusammenhang nur auf die sicherlich wichtige Rolle hin, die hier Gerhard Stoltenberg oder Richard von Weizsäcker gespielt haben und spielen.

HK: Aber die CDU ist, unabhängig von den Personen, lassen wir die bayerische Variante einmal beiseite, zu einer säkularen Volkspartei geworden. Wie weit kann in ihr dennoch das Christliche ein tragender, auch für die Konsensbildung als Partei wichtiger Pfeiler sein?

Oberndörfer: Ich bin sicher, daß das Christliche in der Person der Spitzenpolitiker der Union weiter eine große Rolle spielen wird. Langfristig sind jedoch Konflikte denkbar, und zwar bezogen auf die Wählerschaft der Unionsparteien. Sie haben den § 218 StGB genannt. Bekanntlich wird die derzeitige Gesetzgebung zum § 218 von beiden christlichen Kirchen sehr stark abgelehnt, von der Masse der Wähler, auch der Unionswähler, aber zumindest toleriert. Auch in anderen Bereichen, z. B. im derzeitigen Scheidungsrecht, sind Konflikte angelegt ...

„Modetorheiten können sich in einer Konsensdemokratie weniger durchsetzen“

HK: Hält unser Drei- bzw. Vierparteiensystem, sind wir auf dem Weg zu einem Vielparteiensystem oder haben wir es – wenn auch verdeckt – bereits mit einem Zweiparteiensystem zu tun?

Oberndörfer: Ich glaube, daß sich das bisherige Dreiparteiensystem erhalten wird, auch wenn es Elemente eines, wie Sie sagen, verdeckten Zweiparteiensystems gibt: auf der einen Seite in vermutlich länger wählender Opposition die SPD, auf der anderen Seite Union und FDP mit stark angenähertem Wählerprofil.

HK: Und die Grünen mit ihrem Gegenprofil zu den bisherigen Bundestagsparteien?

Oberndörfer: Es ist möglich, daß wichtige Themen, die die Bewegung der Grünen mitverursacht haben, von Regierung und Opposition thematisch aufgenommen werden. Ich denke z. B. an das Waldsterben. Wenn es gelingt, hier Lösungen zu finden, und drastische Maßnahmen durchgeführt werden, wenn also ökologische Probleme energisch von der Regierung angegangen werden, wenn alle Parteien im Deutschen Bundestag sich engagiert für solche Fragen einsetzen, dann dürfte die Bewegung der Grünen bald wieder schrumpfen und auf Bundesebene als Partei ausfallen.

HK: Viele öffentliche Diskussionen machen den Eindruck, als gebe es in der Bundesrepublik eine sich ausbreitende Parteienverdrossenheit; die Parteien wüßten keine

Antworten mehr auf jeweils neu auftauchende Fragen; sie seien sklerotisiert und unbeweglich geworden. Die Wähler aber reagieren regelmäßig mit extremer Stabilität. Was ist eigentlich der wahre Kern der tatsächlichen oder vermeintlichen Parteienverdrossenheit?

Oberndörfer: Der wahre Kern der sog. Parteienverdrossenheit hat seine Ursache im Parteiensystem der Bundesrepublik. In einem Zwei- oder Dreiparteiensystem, in dem alle Parteien gezwungen sind, sozialstrukturell unterschiedliche Wählergruppen zu integrieren, ist das Heimatgefühl der Wähler in den Parteien sehr viel geringer als in einem Vielparteiensystem, wie es z. B. die Schweiz hat, in der der Wähler wie in einem Gemischtwarenladen sich die Partei aussuchen kann, die ihm auf den Leib geschnitten ist, wo z. B. der Bauer die Bauernpartei oder der Mittelständler die Mittelständlerpartei wählen kann.

HK: Ist ein Vielparteiensystem in sich schon instabiler? Das Beispiel Schweiz spräche dagegen, das Beispiel Italien in Grenzen dafür. Das Frankreich der Vierten Republik gegenüber dem der Fünften und Bonn gegenüber Weimar sprächen auf jeden Fall gegen einen Vielparteienstaat.

Oberndörfer: Auf jeden Fall. Man sollte nicht vergessen, daß in einem Vielparteiensystem, in dem das Heimatgefühl der Wähler in den Parteien, die sie wählen, zunächst größer ist, die Probleme, die in einem Zwei- oder Dreiparteiensystem in den Parteien selbst ausgetragen werden müssen, auf der Ebene der Regierungsbildung in sehr viel schärferer Form wiederkehren. In Weimar etwa war das Problem der Parteienverdrossenheit verbunden mit den Verhandlungen bei der Regierungsbildung. Bei den Koalitions- und Regierungsbildungen müssen kleine Parteien,

die nur bestimmte Berufsgruppen vertreten, Kompromisse eingehen, die von ihren Wählern als Verrat an ihrem Programm angesehen werden. Ich halte die Integration unterschiedlicher Wählergruppen in großen Volksparteien, wie sie in der Bundesrepublik gegenwärtig stattfindet, für sehr viel hilfreicher, weil dann bei der Regierungsbildung sehr viel weniger der Vorwurf des angeblichen Verrats am Wähler bei den Koalitionsverhandlungen gemacht werden kann. Die Wähler haben die großen Parteien gewählt. Sie haben damit dem Kompromiß schon vor der Wahl zugestimmt.

HK: Größere Distanz würde auf jeden Fall bedeuten geringere Parteibindung und in der Konsequenz: mehr Wechselwähler. Liegt darin zugleich die Chance für ein bewußteres politisches Verhalten breiterer Schichten und damit für mehr Dynamik des repräsentativen Systems?

Oberndörfer: Zumindest langfristig dürften auf jeden Fall in den großen Volksparteien mehr Möglichkeiten der Dynamik und der Mobilität wirksam sein als in einem versäulten, starren Vielparteiensystem. Dies zeigt z. B. der erhebliche politische Immobilismus der Schweiz. In einem System sich in der Regierung eventuell ablösender großer Volksparteien gibt es mehr politische Konkurrenz. Die negative Seite ist die möglichst stärkere politische Polarisierung, die Aufspaltung der Gesellschaft in zwei große feindliche Heerlager. Mit unserem Zwei- oder Dreiparteiensystem haben wir uns dem Modell der angelsächsischen Konkurrenzdemokratien angenähert. Ich bin mir nicht sicher, ob diese Form der Demokratie der kontinentaleuropäischen mehr an Harmonie und Konsens orientierten politischen Kultur entspricht ...

Chinas Kommunisten und die Religionen

Ein offiziöser Kommentar der KP Chinas

In seiner Ausgabe vom 16. Juni 1982 veröffentlichte das Organ der kommunistischen Partei Chinas „Hongqi“ einen Beitrag über die „Grundsätzliche Stellung unserer Partei zur Frage der Religionen im Sozialismus“. Das Dokument gibt auf sehr realistische Weise Aufschluß über die Grenzen, die der Freiheit der Betätigung der Religionsgemeinschaften auch unter der gegenwärtigen Führung Chinas gesetzt sind. Eine beschränkte Freiheit des religiösen Bekenntnisses gibt es in China weiterhin nur bei strikter Unterordnung der Religionsgemeinschaften unter die von der Partei festgesetzten „patriotischen“ bzw. ideologischen Zielsetzungen. Unter anderem macht das Schriftstück deutlich, daß an eine freie Verbindung chinesischer Katholiken mit der Weltkirche für absehbare Zeit kaum zu denken ist. Der Beitrag in „Hongqi“ wurde von Winfried Glüer ins Deutsche übersetzt und erschien zuerst im Informationsbrief 4/82 des Evangelischen Missionswerks in Südwestdeutschland. Der Dokumentationsdienst des epd druckte ihn in der Ausgabe vom 31. März ab. Mit freundlicher Erlaubnis der Herausgeber des Informationsbriefs geben wir hier unter Weglassung der Einleitungspassage den Text im Wortlaut wieder. Die Zwischenüberschriften sind von der Redaktion.

Gesellschaftliche und geschichtliche Wurzeln

In China gibt es mehrere Religionen. Der chinesische Buddhismus hat eine mehr als 2000jährige Geschichte, der Taoismus besteht über 1700 Jahre, der Islam blickt auf mehr als 1300 Jahre in China zurück, während der Katholizismus und der Protestantismus im wesentlichen nach dem Opiumkrieg seine Entwicklung in China nahmen.

Im chinesischen Volk, besonders unter den Han, die die absolute Mehrheit in der chinesischen Bevölkerung ausmachen, ist die Zahl der wirklich Gläubigen nicht groß. Doch zählen sich unter den mehr als zehn ethnischen Minderheiten jeweils fast die gesamte Bevölkerung zu einer Religion. Im Vergleich zu der Zeit unmittelbar nach der Befreiung hat die absolute Zahl der Religionsangehörigen stark zugenommen, weil die ethnischen Minderheiten einen zahlenmäßigen Zuwachs erfuhren, doch im Vergleich zur Gesamtbevölkerung hat sie abgenommen.

In China mit seiner langen Geschichte des Feudalismus und den